



## POLITIK / REDAKTION

### Indien - Regulationsvorwand Religion ...

(SB) - In kaum einem anderen Land stellt die Ausbreitung des Corona-Virus die Behörden vor so große Herausforderungen wie in Indien, dem mit 1,37 Milliarden Menschen bevölkerungsreichsten Staat der Erde. Anfangs wollte Premierminister Narendra Modi von der hindunationalistischen Bharatiya Janatha Party (BJP) von der ... (S. 4)

## POLITIK / REDAKTION

### Coronavirus - mittellose Hilfsversprechen ...

(SB) - "Sicherlich hat es Fortschritte gegeben, aber die genügen bei weitem nicht, und wir wissen, daß wir gegenwärtig nicht auf dem richtigen Weg sind, um die 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen, besonders nicht hinsichtlich des Zugangs zu sauberem Wasser ... (S. 5)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Pandemie - die Chance Ver- sprechen zu brechen ...

(SB) - Im Zuge der COVID-19-Pandemie hat die Bundesregierung eine Rückholaktion in Gang gesetzt, um deutsche Staatsbürger im Ausland wieder nach Deutschland zu bringen. Diese in ... (S. 8)

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## Zu wenige Frauen an der Spitze - die Bilanz 25 Jahre nach der Pekinger Erklärung

*Von IDN InDepthNews, 6. April 2020*

Die Vertretung von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen nimmt weiter zu, allerdings mit schleppendem Tempo - drei Viertel der Parlamentssitze werden immer noch von Männern besetzt, so die neuen Daten in der Ausgabe 2020 der IPU-UN-Women-Karte [1] von Frauen in der Politik. Die Veröffentlichung der Daten deckt sich mit der Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking von 1995, die nach wie vor die weltweit umfassendste Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter darstellt.

Die aktuelle IPU-UN-Women-Karte präsentiert globale Rankings für Frauen in Führungspositionen, in der Regierung und im parlamentarischen Bereich zum 1. Januar 2020. Sie zeigt Spitzenwerte hinsichtlich der Anzahl der Länder mit weiblichen Staats- und/oder Regierungschefinnen und des weltweiten Anteils von Ministerinnen, Parlamentssprecherinnen und Parlamentarierinnen. Trotzdem sind auch 25 Jahre nach der Pekinger Erklärung und der Aktionsplattform [2], die

das internationale Ziel einer Geschlechterparität in politischen Entscheidungsprozessen festlegen, Frauen auf allen Machtebenen unterrepräsentiert.

Die UN-Women Geschäftsführerin Phumzile Mlambo-Ngcuka erklärte: "Wir haben eine Welt geschaffen, in der Frauen in nur 25 Prozent des verfügbaren Raums - in Parlamenten und anderen wichtigen Entscheidungsebenen - vertreten sind. Doch wir wissen, dass eine größere Anzahl von Frauen in hochrangigen politischen Entscheidungspositionen zu einer Politik führt, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Frauen und Mädchen erwarten einen radikalen Wandel, und wir fordern die Führungspersonlichkeiten und Parlamentarier\*innen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen gehört und ihre Prioritäten berücksichtigt werden."

"Es ist unmöglich vorherzusagen, wann Frauen in der Politik gleiche Chancen haben werden, da wir keinen klaren Trend erkennen

können", erklärte IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas. "Aber es ist absolut klar, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht ausreichen, einige Länder machen sogar Rückschritte. Wir können es uns nicht leisten, zu warten ... Es ist höchste Zeit, die Worte in Taten umzusetzen und entsprechende Verantwortlichkeiten und rechtliche Veränderungen zu fordern. Wir müssen uns mit den 46.000 Parlamentsmitgliedern in der Welt zusammensetzen, um alle diskriminierenden Gesetze zu beseitigen und sicherzustellen, dass Frauen die Chance haben, in der Politik mitzuwirken."

### **Frauen als Staats- und Regierungschefinnen**

Weniger als ein Zehntel der Länder werden heute von einer Frau regiert. Zwanzig Länder haben heute Frauen als Staats- und Regierungschefinnen - 2019 waren es 19 Länder. Am 1. Januar 2020 sind 6,6 Prozent der gewählten Staatschef\*innen Frauen (10 von 152) und 6,2 Prozent der Regierungschef\*innen (12 von 193); in zwei dieser Länder (Bolivien und Schweiz) sind Staats- und Regierungschefin dieselbe.

Während der Fortschritt hinsichtlich der Repräsentation von Frauen in Führungspositionen in der Welt nach wie vor gering ist, waren dagegen nur acht weibliche Führungspersonlichkeiten an der Macht, als die IPU und die UN Women 2005 eine der ersten Ausgaben der Karte herausbrachten.

Heute zählt Europa mehr als die Hälfte aller weiblichen Staats- und Regierungschefinnen. Fast alle Regierungen in den skandina-

vischen Ländern (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen) werden von einer Frau geleitet, mit Ausnahme Schwedens.

Drei weibliche Staats- und Regierungschefinnen sind in Amerika im Amt, das entspricht der Hälfte der Zahl derer, die im Jahr 2015 vertreten waren. Die Region erlebte einen deutlichen Rückgang der Zahl der weiblichen Staats- und Regierungschefinnen von sechs weiblichen Staats- und/oder Regierungschefinnen im Jahr 2015 zu einer Vertreterin in 2017.

Drei Frauen sind als Staats- und Regierungschefinnen in Asien (Bangladesch, Nepal, Singapur), eine in Afrika (Äthiopien) und eine im Pazifik (Neuseeland) tätig.

In keinem Land der arabischen Welt gab es bisher eine Frau als Staats- oder Regierungschefin.

### **Frauen in der Regierung**

Es gibt einen vielversprechenden Trend zu mehr Regierungen mit geschlechtergerechten Kabinettsstrukturen: In 14 Ländern haben Frauen inzwischen einen Anteil von 50 Prozent oder mehr in Ministerien, verglichen mit neun Ländern im Jahr 2019. In weiteren 16 Ländern sind mehr als 40 Prozent der Ministerialposten mit Frauen besetzt.

Europa und Amerika sind die Vorreiter, wenn es darum geht, die Geschlechterparität in den Kabinetten zu garantieren. In zwei Ländern haben Frauen über 60 Prozent der Kabinettsitze inne (Spanien und Finnland). Finnland ist auch das einzige Land, in dem sowohl die Gleichstellung

der Geschlechter im Kabinett als auch eine weibliche Regierungsspitze gegeben ist.

Die 14 Länder mit 50 Prozent oder mehr Frauen im Kabinett sind: Spanien mit 66,7 %; Finnland mit 61,1 %; Nicaragua mit 58,8; Kolumbien mit 57,9 %; Österreich mit 57,1 %; Peru mit 55,0 %; Schweden mit 54,5 %; Ruanda mit 53,6 %; Albanien mit 53,3 %; Frankreich mit 52,9 %; Andorra, Kanada, Costa Rica und Guinea-Bissau mit jeweils 50,0 %.

Insgesamt ist der Anteil weiblicher Ministerinnen mit 21,3 Prozent (851 von 4003) so hoch wie nie zuvor und liegt damit um 7,1 Prozentpunkte höher als in 2005, als nur 14,2 Prozent der Minister\*innen Frauen waren.

In den 190 Ländern, für die Daten vorliegen, dominieren Männer weiterhin bestimmte Ministerialressorts. So gibt es beispielsweise nur 25 Finanz-/Haushaltsressorts und 22 Verteidigungsmandate, die von Ministerinnen geleitet werden.

Trotz einiger Verschiebungen in den letzten Jahren sind Ministerinnen immer noch am häufigsten für Familien- und Sozialangelegenheiten zuständig, dicht gefolgt von den Ressorts Umwelt und Energie.

Die top fünf Bereiche, die von Frauen geleitet werden: (1) Familie / Kinder / Jugendliche / Senior\*innen / Menschen mit Behinderungen; (2) soziale Angelegenheiten; (3) Umwelt / natürliche Ressourcen / Energie; (4) Beschäftigung / Arbeit / Berufsausbildung; (5) Frauenfragen / Gleichstellung der Geschlechter.

Zum ersten Mal seit 2015 sank die Zahl der Länder, in denen Frauen in den Führungsgremien nicht vertreten sind, in einen einstelligen Bereich, wobei neun Länder ohne Ministerinnen blieben (Brunei, Kiribati, Papua-Neuguinea, St. Vincent und die Grenadinen, Saudi-Arabien, Thailand, Tuvalu, Vanuatu und Vietnam).

### Frauen als Parlamentspräsidentinnen

In allen Regionen der Welt sind Frauen mittlerweile als parlamentarische Sprecherinnen tätig. Nur im Pazifik gibt es gegenwärtig keine Frau, die den Vorsitz im Parlament führt.

Der Anteil der weiblichen Parlamentspräsidentinnen insgesamt beträgt 20,5 Prozent im Jahr 2020 (57 von 278 Posten der Vorsitzenden in 192 Ländern). Das ist doppelt so viel wie vor 25 Jahren, als die UNO-Konferenz in Peking ihren zukunftsweisenden Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter auf den Weg brachte.

Der Anteil der weiblichen Stellvertreterinnen ging jedoch gegenüber 2019 um 3 Prozentpunkte auf 25,3 Prozent zurück.

Im Jahr 2019 haben sieben Länder zum ersten Mal Frauen zu ihren Parlamentspräsidentinnen ernannt (Andorra, Belarus, Demokratische Republik Kongo, Indonesien, Kasachstan, Malawi und Togo).

[IDN-InDepthNews - 10. März 2020]

*Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Elena Heim vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.*

Eine Karte kann aufgerufen werden unter:

*Englisch*

<https://unwomen.us6.list-manage.com/track/click?u=4a4c7b832288dbbd2a91f5cfa&id=a2ef60e019&e=5eb60f3758>

*Spanisch*

<https://unwomen.us6.list-manage.com/track/click?u=4a4c7b832288dbbd2a91f5cfa&id=117844f37b&e=5eb60f3758>

*Französisch*

<https://unwomen.us6.list-manage.com/track/click?u=4a4c7b832288dbbd2a91f5cfa&id=edffe8afcb&e=5eb60f3758>

*IPU Pressemitteilung*

<https://unwomen.us6.list-manage.com/track/click?u=4a4c7b832288dbbd2a91f5cfa&id=f3c35e3f9f&e=5eb60f3758>

### Anmerkungen:

[1] <https://www.unwomen.org/en>

[2] <https://www.who.int/news-room/detail/08-03-2020-women-s-health-and-rights-25-years-of-progress>

*Erstveröffentlichung:*

[https://www.indepthnews.net/index.php?option=com\\_content&view=article&id=3370:too-few-women-in-power-25-years-after-beijing-declaration&catid=9](https://www.indepthnews.net/index.php?option=com_content&view=article&id=3370:too-few-women-in-power-25-years-after-beijing-declaration&catid=9)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

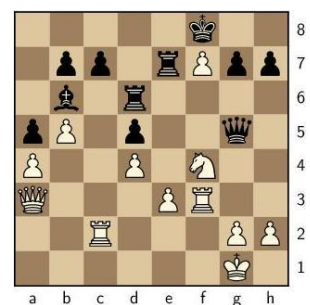
### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

## SCHACH - SPHINX

### Kritik gegen den Polemiker

(SB) - Franz Gutmayer, der Polemiker unter den Schachliteraten, besaß eine ganze Menge an Kritikern, die seine Bücher als das entlarvten, was sie in Wirklichkeit darstellten. So sagte einst der Kaufmann und Schachmeister Simon Alapin über ihn: "Gutmayer besitzt höchstens die Spielstärke eines mittelmäßigen Hauptturnierspielers. Dies bedeutet, daß er für taktische Witze (Kombinationsspiel) ein Verständnis hat, nicht aber (oder ungenügend) für Strategie (auch Positionsspiel genannt). Mit anderen Worten: Wenn in einer durch Zufall entstandenen Schachposition gewisse Witze (Opfer) möglich sind, so wird er dieselben eventuell erblicken oder richtig beurteilen können. Wie man jedoch durch konsequente Berechnungen (von Varianten) aus der Anfangsstellung der Steine oder sonstwie gleicher Stellung für sich günstige Positionen schaffen bzw. für den Gegner günstige Positionen vermeiden soll, in denen ganze Komplexe taktischer Witze eventuell latent enthalten sind, das ist ein Gebiet, welches ihm, wenn nicht ganz abgeht, so doch nur äußerst verschwommen vorschwebt." Nun, Wanderer, ob Gutmayer angesichts der Alapinschen Einschätzung das heutige Rätsel der Sphinx zu lösen imstande gewesen wäre? Weiß setzte nämlich in spätestens fünf Zügen matt.



Schneider - Eschrich  
Berlin 1935

## **Indien - Regulationsvorwand Religion ...**

(SB) 7. April 2020 - In kaum einem anderen Land stellt die Ausbreitung des Corona-Virus die Behörden vor so große Herausforderungen wie in Indien, dem mit 1,37 Milliarden Menschen bevölkerungsreichsten Staat der Erde. Anfangs wollte Premierminister Narendra Modi von der hindunationalistischen Bharatiya Janatha Party (BJP) von der Ausbreitung der Seuche nichts wissen. Zu wichtig war ihm ein glatter Ablauf des Staatsbesuchs von US-Präsident Donald Trump Ende Februar gewesen. Doch der prunkvolle Empfang des New Yorker Machomanns samt Trophy Wife Melania wurde von einem tagelangen Pogrom in Neu-Delhi überschattet, in dessen Verlauf aufgebrauchte Hindufanatiker Dutzende muslimische Mitbürger ermordeten und ganze Straßenzüge in Schutt und Asche legten. Den Anlaß zu der grausamen Gewaltorgie lieferte eine friedliche Protestaktion, mit der eine Gruppe Frauen gegen das im Dezember vom indischen Parlament auf Betreiben der BJP verabschiedete Staatsbürgerschaftsgesetz, das Indiens muslimische Minderheit von rund 200 Millionen Menschen eindeutig benachteiligt, demonstriert hatte.

Am 24. März leistete sich Modi eine folgenschwere Entscheidung, als er ohne jede Vorwarnung eine dreiwöchige Ausgangssperre einschließlich der Stilllegung aller nicht lebensnotwendi-

gen Betriebe für ganz Indien verhängte. Hauptleidtragende der Maßnahme waren die zahlreichen Tagelöhner in den Slums der indischen Großstädte. Wie sollten sie sich und ihre Familien durchbringen? Neu-Delhi hatte im Vorfeld keine Hilfsmaßnahmen vorbereitet. Schwer betroffen war auch das millionenfache Heer der Wanderarbeiter, die von einem Tag auf den anderen nicht nur die Arbeitsstelle, sondern häufig auch die damit verbundene Unterkunft verloren. Da Indiens Busse und Bahnen nicht mehr fahren, machten sich Millionen von Wanderarbeitern, zum Teil von Frau und Kindern begleitet, zu Fuß über die Autobahnen auf dem Weg in ihre Heimatdörfer und wurden dabei häufig von den Ordnungskräften mit Schlagstock, Tränengas und Gummigeschoß angegriffen.

Modis Machtdemonstration hat zur Eindämmung der Epidemie nichts beigetragen. Im Gegenteil hat sie mittels des von ihr verursachten Chaos vermutlich die Verbreitung der Lungenkrankheit befeuert. Sinnvolle Maßnahmen, wie die von der WHO empfohlenen Massentests, um die Infizierten zu identifizieren und die Übertragungsrate zu verlangsamen, lassen in Indien auf sich warten. Wie desolat das indische Gesundheitssystem ist, zeigt der Fall des nördlichen Bundesstaats Uttar Pradesh. Dort traten am 1. April 19.000 Ärzte, Kranken-

schwestern, Krankenwagenfahrer und Pfleger in den Streik, weil sie seit zwei Monaten ihr Gehalt nicht bekommen und die Krankenhäuser unter einem chronischen Mangel an Schutzkleidung und -masken leiden. In Uttar Pradesh haben die Behörden - auch die der Bundesregierung - Mitte März eine große, neuntägige Feier zu Ehren des Hindugotts Rama, an der Hunderttausende Pilger aus allen Teilen Indiens teilnahmen, stattfinden lassen.

Unfähig oder nicht willens, eine Massenepidemie, von der man weiß, daß sie mit Abstand mehr ärmere als wohlhabende Menschen töten wird, wirksam zu bekämpfen, hat die Modi-Regierung den Obersten Gerichtshof Indiens angerufen, um neue Medienregeln erlassen zu dürfen. Der Vorwand ist dasselbe Schreckgespenst, das derzeit in fast allen anderen Ländern mit grellen Farben an die Wand gemalt wird, nämlich die "Fake News". Die neuen Regeln sehen im Falle ihrer Einführung vor, daß alle indischen Nachrichtenredaktionen künftig sämtliche Berichte und Meldungen über Covid-19 vor der Veröffentlichung von einer staatlichen Zensurstelle genehmigen lassen müssen. Damit wollen Modi und die BJP vor allem die öffentliche Kritik am eigenen Krisenmanagement unterdrücken.

Um zusätzlich von Pleiten, Pech und Pannen im Umgang mit dem

Corona-Virus abzulenken, lastet die BJP den Muslimen einseitig an, sich nicht ausreichend in den großen patriotischen Kampf gegen die Seuche einzubringen. Am 31. März hat die Polizei das fünfstöckige Hauptquartier der islamischen Missionarsbewegung Tablighi Jamaat in Neu-Delhi gewaltsam geschlossen. Dort sollen sich Hunderte von Gläubigen mit dem Corona-Virus infiziert haben, von denen mindesten sieben an den Folgen der Lungenkrankheit gestorben sind. Tatsächlich muß sich die Führung der rund 100 Jahre alten Organisation vorwerfen lassen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein. Über ein viertägiges internationales Treffen von mehr als 16.000 Anhängern der Tablighi Jamaat Ende Februar, Anfang März in Kuala Lumpur soll sich Covid-19 in ganz Südostasien verbreitet haben. Teilnehmer der Veranstaltung haben nachweislich die Krankheit nach Bangladesch,

Brunei, Indonesien, Kambodscha und Thailand eingeschleppt und dort andere Menschen infiziert. Doch die Entstehung des Covid-19-Hotspots in der Tablighi-Jamaat-Zentrale in Neu-Delhi ist auch auf die eingangs erwähnten religiösen Unruhen Ende Februar in der indischen Hauptstadt zurückzuführen. Die Wohltätigkeitsvereinigung hatte ihre Pforten für viele muslimischen Familien, die vor dem rasenden Hindu-mob auf der Flucht und deren Wohnungen niedergebrannt waren, geöffnet und ihnen Schutz gewährt. So kam es zu der Überfüllung und in der Folge der Seuchenverbreitung.

Am 1. April hat die Modi-Regierung zudem ein neues Niederlassungsgesetz für die Sonderverwaltungszone Jammu und Kaschmir erlassen, deren Autonomiestatus sie im August aufhob und gleichzeitig dort den Ausnahmezustand verhängte. In Jammu und Kaschmir leben 13 Millionen

Menschen, von denen 70 Prozent dem muslimischen Glauben angehören. In Kaschmir glauben die meisten Menschen, daß Neu-Delhi so viele Hindus wie möglich zur Niederlassung in Jammu und Kaschmir veranlassen will, um auf dem demographischen Weg langfristig das Streben der einheimischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit bzw. der Vereinigung mit Pakistan ein für allemal zu beenden. Die Kaschmiris unterstellen Modi und der BJP, sie so behandeln zu wollen, wie Israel es mit den Palästinensern tut. Der Verdacht liegt auf der Hand. Tatsächlich betrachten sich Indien und Israel gegenseitig als enge Partner im Kampf gegen den "islamistischen Terrorismus". Und seit Modi in Neu-Delhi regiert, ist Indien zum größten Abnehmer israelischer Rüstungsgüter geworden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asiae-952.html>

## POLITIK / REDAKTION / AFRIKA

### Coronavirus - mittellose Hilfsversprechen ...

*"Sicherlich hat es Fortschritte gegeben, aber die genügen bei weitem nicht, und wir wissen, daß wir gegenwärtig nicht auf dem richtigen Weg sind, um die 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen, besonders nicht hinsichtlich des Zugangs zu sauberem Wasser, und insbesondere nicht in Afrika, wo sich die Bevölkerungszahl in den nächsten 30 Jahren verdoppeln wird."*

(Alain Boinet, Gründer der Hilfsorganisation SOLIDARITÉS INTERNATIONALE) [1]

(SB) 7. April 2020 - Regelmäßig mindestens 20 Sekunden lang und mit Seife sollten sich die Menschen die Hände waschen, empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Bekämpfung der Pandemie mit Sars-CoV-2.

Das ist zur Zeit, da weder Impfstoff noch ein Medikament gegen die von diesem Virus ausgelöste schwere Lungenentzündung Covid-19 entwickelt ist, das Mittel der Wahl. Diesen Rat zu befolgen ist Hunderten Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent schlicht unmöglich, da sie keinen Zugang zu sauberem Wasser, geschweige denn zu Sei-

fe haben. Jetzt rächt sich, daß den vollmundigen Absichtserklärungen der Regierungen, Geberländer und UN-Einrichtungen, die Wasserversorgung und hygienischen Verhältnisse verbessern zu wollen, keine angemessenen Taten gefolgt sind. Woran wiederum deutlich wird, daß Leben und Unversehrtheit des einzelnen Menschen für die Gesellschaft keinen Wert haben.

Weltweit mangelt es über vier Milliarden Menschen an sauberem Trinkwasser, geschlossenen Abwassersystemen und angemessenen sanitären Einrichtungen. In vielen Regionen der 53 Länder des afrikanischen Kontinents haben Menschen überhaupt kein fließendes Wasser zur Verfügung. Laut der WHO sterben jedes Jahr weltweit mehr als 3,4 Mio. Menschen an wasserbedingten Krankheiten wie Diarrhoe. Seit dem Jahr 2000 sind mehr Menschen an der "versteckten Wasserpandemie" gestorben, wie es Vladimir Smakhtin, Direktor des UN University Institute for Water, Environment and Health, aus aktuellem Anlaß nennt, als Menschen während des Zweiten Weltkriegs. [2]

Auch wenn noch niemand seriös abschätzen kann, wie sich die Infektionsrate mit Sars-CoV-2 und die Mortalität durch Covid-19 bei Europas südlichen Nachbarn entwickeln werden, besteht kein Zweifel daran, daß dort vielerorts die Voraussetzungen für die alleinfachsten Schutzmaßnahmen gegen die Virenverbreitung, Hände zu waschen, nicht gegeben sind.

Investitionen in Höhe von jährlich 28 Mrd. Dollar wären erforderlich, um den Bevölkerungen in

den ärmsten Ländern zumindest einen grundlegenden Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen. Eine unbedeutende Summe verglichen mit vielen anderen Maßnahmen der reichen Länder, beispielsweise zur Rettung der Wirtschaft oder der Aufrechterhaltung ihres militärischen Bedrohungspotentials. Doch bei dem in diesem Zusammenhang, insbesondere am 22. März, dem Weltwassertag, häufig zu vernehmenden Vergleich wird nicht bedacht, daß Rüstung und Armut nicht gegeneinander gerechnet werden können. Sie liegen auf dem gleichen Kurs.

Die Vorstellung, man bräuchte bloß einen Bruchteil der Ausgaben beispielsweise der NATO (ca. 1000 Milliarden Dollar jährlich) abzweigen, das mehrere Jahre hintereinander machen, die Gelder koordiniert einsetzen und schon wäre der Wassermangel in den Entwicklungsländern behoben, führt in die Irre. Mit den Waffen und der Finanzierung von Streitkräften werden gewaltsam Vorteile gegenüber den Lebens- und Überlebensinteressen nach außen - Nationenkonkurrenz - wie nach innen - Klassengesellschaft - durchgesetzt.

Die Nationenkonkurrenz, ob in der Variante der multilateralen Kooperation oder des Protektionismus, beruht auf der territorialen Grenzziehung und begründet diese. Mit dem daraus hergeleiteten, ideologisch konnotierten "Wir" werden alle anderen ausgeschlossen. Darum leiden nicht "wir" administrativ so festgelegten Deutschen unter Wassermangel, sondern "die anderen". Diese in seiner formallogischen wie faktischen Konsequenz vernich-

tende Unterscheidung setzt sich nahtlos im Innern der einzelnen Nationen fort. Wie sollte es auch anders sein, bleibt doch die Interessenlage die gleiche. Vermittels der Ungleichheit vor allem der finanziellen Möglichkeiten haben in Deutschland die Reichsten ein durchschnittlich zehn Jahre längeres Leben als die Ärmsten. Nicht nur das. Manche Menschen verbringen einen erheblichen Teil ihres vergleichsweise kürzeren Lebens mit dem Heranschaffen von Wasser und legen dabei viele Kilometer zurück, zum Beispiel vier Stunden bis zum Fluß und vier Stunden zurück. [3] Hände zu waschen liegt gar nicht drin. Andere hingegen haben Bedienstete dafür eingestellt, daß sie ihnen ihre Golfplätze mit Wasser sprengen.

**Anmerkungen:**

[1] <https://reliefweb.int/report/world/water-crisises-2020-water-hygiene-and-sanitation-barometer-6th-edition-inventory-access>

[2] <https://www.ips-news.net/2020/03/coronavirus-water-pandemics-math/>

[3] <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/ayshas-weg-zum-wasser/148018>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2210.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## **Brasilien**

### **Die Auswirkung auf die arme und periphere Bevölkerung wird verheerend sein**

*Nachricht aus der Redaktion São Paulo vom 2. April 2020*

***Eine noch nie dagewesene Krise sucht Brasilien und die Welt heim. Covid-19, das neue Coronavirus, hat die Volkswirtschaften der Welt erschüttert und sich als komplexe Krise erwiesen. Um das Thema besser zu verstehen, interviewte Pressenza Brasil Felipe Honorato, einen Universitätsprofessor und Mitarbeiter von Pressenza.***

\*

*Pressenza Brasilien: Wie schätzen Sie die aktuelle Coronavirus-Krise ein und was werden die Auswirkung für die ärmsten, benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Brasilien sein?*

Felipe Honorato: Ich habe vor allem noch nie eine so große Krise erlebt. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die großen städtischen Zentren so zum Stillstand kommen würden wie derzeit Paris, Madrid und Mailand; ebenso wenig hätte ich mir vorstellen können, dass ein Ereignis die Macht hätte, Sportveranstaltungen wie die Copa Libertadores, die NBA, die Formel 1, welche riesige Geldsummen bewegen, abzusagen oder zu verschieben.

Dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sagte, die Pandemie

sei die größte Herausforderung für Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, gibt eine Vorstellung vom Ausmaß der Krise, die wir gegenwärtig erleben. Es ist schwierig, die finanziellen und sozialen Auswirkungen zu erfassen, die diese Krise sowohl zum Schlechten als auch zum Guten hat und weiterhin haben wird - die CO2-Emissionen sind seit Beginn der Quarantäne weltweit dramatisch zurückgegangen, die Kanäle von Venedig, ohne Touristen, haben zum Beispiel wieder kristallklares Wasser.

Ich glaube, dass die Auswirkungen auf die arme und periphere Bevölkerung verheerend sein werden. Wir sehen, dass das Coronavirus hochgradig ansteckend ist. In einem Umfeld, in dem der Zugang zum Gesundheitssystem erschwert ist, grundlegende sanitäre Einrichtungen und der Zugang zu wesentlichen Dingen der Körperpflege fehlen, was in den Vororten die Realität ist, wird es wie ein Feuer im Stroh sein. Das Virus hat sich schnell auf allen Kontinenten ausgebreitet. Stellen Sie sich nun vor, welches Übertragungspotential dieses Virus in einer bevölkerungsreichen Favela von Rio de Janeiro oder São Paulo haben wird, Gebiete mit ex-

tremer Verwundbarkeit. Wenn wir nicht an konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unter diesen Menschen denken, werden wir meiner Meinung nach eine große Katastrophe erleben.

*Wie bewerten Sie die Bemühungen der Bundes- und Landesregierungen?*

Ich denke, dass der Präsident sehr schlecht gehandelt hat, als er in die USA gereist ist, während sich das Virus dort ausbreitet, und die Vorsichtsmaßnahmen in Frage gestellt hat, die von allen eingehalten werden sollten, die zurzeit aus dem Ausland einreisen. Auch die Haltung eines seiner Söhne, der Parlamentarier ist, und des Außenministeriums gegenüber der drohenden diplomatischen Krise mit China war verwerflich - die asiatische Nation, unser heutiger Hauptwirtschaftspartner, wird für Brasilien sehr wichtig sein, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu überwinden. Abgesehen davon ist es ein Land, das mit Materialspenden und Fachleuten anderen vom Coronavirus betroffenen Nationen hilft. Der Präsident ist nicht auf der Höhe der Zeit, er verachtet die Wissenschaft, und

diese Art des Denkens spiegelt sich in der Abschätzigkeit wider, mit der er über das Coronavirus und die Pandemie - eine "kleine Grippe" - spricht. Meiner Meinung nach hätten die Beschränkungen für ausländische Reisende aus Asien, Westeuropa und den Vereinigten Staaten schon früher eingeführt werden müssen, vor der Beschränkung für Venezolaner und Staatsangehörige anderer südamerikanischer Länder. Ich glaube, dass die Landes- und Kommunalregierungen dabei sind, die Führung im Kampf gegen das Coronavirus zu übernehmen, und dass die Situation noch ernster wäre, wenn es diese anderen föderalen Einheiten nicht gäbe.

*Welche Bedeutung hat der Staat angesichts akuter Krisen wie dieser?*

In Brasilia gab es den Fall einer Person, die sich mit dem Coronavirus angesteckt hatte, ein privates Krankenhaus aufsuchte und von diesem an SUS [1] überwiesen wurde. Das SUS wird bei der Steuerung der Krankenhäuser in dieser Krise unweigerlich die Führung übernehmen, weil die meisten Brasilianer keine Krankenversicherung haben. Das SUS ist das Hauptinstrument für die Umsetzung der öffentlichen Gesundheitspolitik im Land, weil es von vielen Krankenhäusern und Fachleuten gebildet wird, die in ihren jeweiligen Bereichen eine führende Rolle spielen. Auch die Universitäten und öffentliche Forschungsinstitute sind bei der Erforschung von COVID-19 in Brasilien führend, wobei USP [2], UNICAMP [3], FIOCRUZ [4] und das Adolfo-Lutz-Institut hervorzuheben sind.

Dem Staat obliegt auch das Gewaltmonopol, das im Falle einer totalen Quarantäne unerlässlich ist, sowie die Umsetzung öffent-

licher Maßnahmen, die notwendig sind, um zu entscheiden, wie die Pandemie bekämpft werden soll, wie mit den wirtschaftlichen Auswirkungen dieser gesamten Krise umgegangen werden soll, usw. ... Kurz gesagt, zumindest im Fall Brasiliens wird die gesamte Zuständigkeit für die Bewältigung der Pandemie und ihrer unterschiedlichsten Folgen in der Verantwortung des Staates liegen.

*Die Übersetzung aus dem Portugiesischen wurde von Petra Raue vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.*

#### **Anmerkungen:**

[1] Sistema único de saúde (staatliches kostenloses Gesundheitswesen)

[2] Universidade de São Paulo

[3] Universidade Estadual de Campinas, Bundestaat Sao Paulo

[4] Fundação Oswaldo Cruz

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pafr0071.html>

## **POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION**

### **Pandemie - die Chance Versprechen zu brechen ...**

*Die Vorstellung, dass über 20.000 Menschen auf engstem Raum, durch Flucht und Entbehrung sowieso geschwächt, erkranken, das ist für mich die Hölle.*

Die evangelische Bischöfin Beate Hoffmann [1]

(SB) 7. April 2020 - Im Zuge der COVID-19-Pandemie hat die Bundesregierung eine Rückholaktion in Gang gesetzt, um deutsche Staatsbürger im Ausland wieder nach Deutschland zu bringen. Diese in Politik und Medien auch "Luftbrücke" genannte Ope-

ration wurde am 16. März 2020 gestartet und ist mit Kosten von 50 Millionen Euro die größte Rückholaktion in der Geschichte der Bundesrepublik. Heimgebracht werden "Deutsche und ihre Familienangehörigen in den besonders von Reiseeinschränkungen betroffenen Regionen, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten (z.B. zum Urlaub)". Für Personen, die einen Aufenthaltstitel für Deutschland haben, in Deutschland leben und von dort in den Urlaub gereist sind, bemüht sich das Auswärtige Amt im



Rahmen der Kapazitäten nach Lösungen. [2] Für die Aktion chartert die Bundesregierung bis zu 40 Flugzeuge, zusätzliche Rückflüge führen Reiseveranstalter und die Lufthansa durch. Inzwischen sind mehr als 200.000 zur Rückholung registrierten Personen wieder in Deutschland.

Anfang März haben sich Deutschland und sieben weitere EU-Staaten bereiterklärt, 1600 unbegleitete oder kranke Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln aufzunehmen. Seitdem ist kein einziges krankes oder unbegleitetes Kind aus Griechenland in die Bundesrepublik oder eines der anderen EU-Länder gebracht worden. Wie die Gegenüberstellung mit der Rückholaktion für deutsche Urlauber zweifelsfrei zeigt, können weder die Corona-Pandemie noch die Kosten oder logistische Probleme, geschweige denn humanitäre Erwägungen diesen Widerspruch erklären. Flüchtlinge sind eben keine deutschen oder europäischen Menschen und sollen es nach Ratio der "Festung Europa" auch nicht werden. Globalisierung macht im Kontext des weltweiten Raubzuges nur dann Sinn, wenn sie eine Einbahnstraße der Ausbeutung bleibt.

Nun hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, daß die Verteilung von rund 1.600 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Griechenland dieser Tage beginnen soll. Luxemburg fange als erstes Land damit an: "Jetzt können wir damit starten, und ich bin sehr dankbar, dass wir das nun tun." [3] So sehr die Rettung dieser Menschenleben zu begrüßen ist, besteht doch kein Anlaß, das als

Durchbruch zu feiern und davon auszugehen, daß in naher Zukunft noch sehr viel mehr Flüchtlinge aus griechischen Flüchtlingslagern in anderen europäischen Ländern Aufnahme finden werden. Es ist ein Feigenblatt, das nicht etwa die Tür öffnen, sondern noch nachhaltiger schließen soll. Daß geflohene Menschen an den Außengrenzen der EU unter unwürdigen und elenden Bedingungen eingepfercht werden oder zugrunde gehen, ist als Strategie der Abschreckung politisch beabsichtigt.

Ende Februar spielte Recep Tayyip Erdogan keineswegs seinen höchsten Trumpf aus, sondern drohte allenfalls damit, die Grenze für Flüchtlinge zu öffnen. Ein begrenztes Kontingent wurde ins Niemandsland vor der Nordgrenze Griechenlands gebracht, um die türkische Position in den angestrebten Verhandlungen mit Repräsentanten der EU zu verbessern. Die konservative Regierung in Athen gab den Kettenhund ab und schlug die Flüchtlinge massiv zurück, beglückwünscht von Ursula von der Leyen und weiteren führenden Vertretern der EU, die sich das per Hubschrauber aus nächster Nähe ansahen. Brüssel gewährte dabei volle Rückenbedeckung für höchst umstrittene Maßnahmen, die Kyriakos Mitsotakis mit seinem nationalen Sicherheitskabinett beschloß.

Er setzte das Recht auf Asyl für einen Monat aus und verfügte, daß neu ankommende Asylsuchende ohne Verfahren und schnellstmöglich wieder abgeschoben werden sollten. In einem Gutachten kommen vier deutsche Völkerrechtler zu dem Schluß, daß Griechenland mit der Ausset-

zung des Asylrechts und den gewaltsamen Abschiebungen internationales und europäisches Recht gebrochen habe. Die griechische Regierung hatte sich auf den Artikel 78 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU berufen. Dieser besagt, daß der Europäische Rat Maßnahmen zugunsten eines Mitgliedstaats beschließen kann, sollte dieser "aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen in einer Notlage" sein. Die Klausel erlaube es einem Mitgliedstaat aber nicht, im Alleingang Maßnahmen zu ergreifen, heißt es in dem Gutachten.

Die vier Juristinnen und Juristen machen den griechischen Behörden noch einen weiteren Vorwurf. So brachten Grenzer offenbar zahlreiche Flüchtlinge gegen ihren Willen zurück über den Grenzfluß in die Türkei, was Berichten von Migranten zufolge dort schon lange stattfindet. Solche Rückführungen verstoßen laut Gutachten ebenfalls gegen geltendes Recht, darunter das Non-Refoulement-Prinzip. Es ist ein Grundpfeiler des internationalen Flüchtlingsrechts und schreibt vor, daß jeder Asylsuchende ein Recht auf ein individuelles Asylverfahren hat. [4]

Am 17. März fand eine Videokonferenz mit Erdogan, Angela Merkel, Emmanuel Macron und Boris Johnson statt. Dabei wurden der Türkei im Gegenzug für die Schließung der Grenze weitere EU-Hilfen in Aussicht gestellt. Daraufhin war die Eskalation in der Grenzregion recht schnell beendet, da türkische Polizisten die letzten Flüchtlinge abtransportierten und in Lager in anderen Städten verfrachteten. Die grie-

chische Regierung setzte das Asylrecht wieder in Kraft. Der Zweck des Manövers war vorerst erreicht, die repressive Klaviatur für den künftigen Gebrauch erheblich erweitert.

Bezeichnenderweise ging es bei der parallel dazu vielfach geforderten und weithin diskutierten Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland nie um die Menschen, denen am nördlichen Grenzfluß Evros der Durchgang gewaltsam verwehrt wurde. Im Fokus standen ausschließlich die sogenannten Hotspots auf den Ägäisinseln, deren katastrophalen Zustände seit langem bekannt sind und sich weiter verschärfen. Rund 40.000 Flüchtlinge leben dort in Lagern, davon etwa 20.000 in Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 2.840 Menschen vorgesehen war. Dennoch stand in Brüssel, Berlin oder Paris nie zur Debatte, einen erheblichen Teil dieser Menschen oder wenigstens der 14.000 dort lebenden Kinder aufzunehmen, wie dies von diversen gesellschaftlichen Gruppen auch in Deutschland gefordert wurde.

Vor rund einem Monat sagten Irland, Portugal, Bulgarien, Litauen, Finnland, Frankreich und Luxemburg zu, schutzbedürftige Kinder aus Griechenland aufzunehmen. Finnland etwa kündigte an, 150 Minderjährigen Schutz zu bieten. Frankreich gab an, 400 Minderjährige zu sich zu holen. Daraufhin beschlossen Union und SPD beim Koalitionsausschuß am 8. März, ebenfalls helfen zu wollen. Luxemburg war frühzeitig bereit, ein Dutzend Minderjährige aufzunehmen. Doch die Prüfung durch die griechischen Behörden gestaltet sich gerade bei

minderjährigen Schutzsuchenden extrem aufwendig. Nach einem Monat Verhandlungen sieht es endlich so aus, als könne Luxemburg den Anfang machen. Außenminister Jean Asselborn setzt auf eine Signalwirkung: "Ich hoffe, dass Deutschland nicht auf Frankreich wartet und Frankreich nicht auf Deutschland wartet und in der Zwischenzeit geschieht nichts." Es gehe darum, im Interesse der Kinder, aber auch im Interesse des Bildes, das Europa von sich abgebe, zu handeln.

Die Bundesregierung bleibt vage, und es ist noch nicht einmal klar, wie viele Minderjährige aufgenommen werden sollen. Offenbar gibt es unterschiedliche Vorstellungen im Außen- und Innenministerium. Zuständig für die Verteilung sei die EU-Kommission, heißt es zudem. Wie im Koalitionsbeschluß vereinbart, müßte wenigstens eine Handvoll europäischer Staaten vorangehen, Luxemburg allein reiche da nicht aus.

Gerald Knaus von der Denkfabrik "European Stability Initiative", der Konstrukteur des Abkommens der EU mit Griechenland und der Türkei, bleibt skeptisch. Luxemburg könne zwar ein wichtiges Zeichen setzen, doch sei auch die geplante Gesamtzahl von 1600 Minderjährigen angesichts von 14.000 Kindern auf den griechischen Inseln nur "ein Tropfen auf den heißen Stein". Es gehe darum, eine humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln abzuwenden. Auf Lesbos gebe es insgesamt nur sechs Intensivbetten. Sollten Menschen dort an Covid-19 erkranken, stünde man völlig hilflos da. Erforderlich sei eine Strategie der EU-Kommissi-

on, die Schutzsuchenden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den Inseln leben, aufs griechische Festland zu bringen. Einige Tausend bereits anerkannte Flüchtlinge auf dem Festland wiederum könnten schnell von Ländern wie Deutschland aufgenommen werden. So könnte unbürokratisch Platz für Familien von den Inseln geschaffen werden. [5]

Unterdessen hat der griechische Corona-Krisenstab zum zweiten Mal binnen weniger Tage ein Flüchtlingslager nahe Athen für 14 Tage wegen einer Infektion unter Quarantäne gestellt. Es handelt sich um das Camp von Malakasa rund 45 Kilometer nördlich der griechischen Hauptstadt, in dem etwa 1.800 Menschen leben. Anfang vergangener Woche war das Virus bei einer Frau nach der Geburt ihres Kindes in einem Krankenhaus in Athen festgestellt worden. Die Frau lebte im Lager von Ritsona rund 75 Kilometer nördlich von Athen. Anschließend waren 20 weitere Flüchtlinge in diesem Camp positiv auf das Virus getestet worden. Ritsona ist bereits unter Quarantäne gestellt worden. Dort leben rund 3.000 Menschen in Wohncontainern, während die Lage auf den Inseln noch wesentlich schlimmer ist, da die Flüchtlinge dort mehrheitlich in Zelten und provisorischen Unterkünften unter Plastikplanen ausharren müssen. [6]

Von Lesbos haben sich die Hilfsorganisationen aus Angst vor Infektionen und Übergriffen weitgehend zurückgezogen. In der vom griechischen Gesundheitsministerium betriebenen Krankenstation kümmern sich derzeit gerade einmal drei Ärzte um

20.000 Menschen. In den von der EU betriebenen Hotspots auf den Inseln Leros und Kos wurden im Zuge der Corona-Bekämpfung weitgehende Ausgangssperren verhängt. Flüchtlinge dürfen die überfüllten Camps derzeit nicht mehr verlassen. Auf Chios und Samos darf jeweils nur eine Person pro Familie zwischen 7 und 19 Uhr das Camp verlassen, um einkaufen zu gehen. Auch dort sind die Menschen weitgehend auf sich allein gestellt.

Florian Westphal, Geschäftsführer von "Ärzte ohne Grenzen" fordert, Evakuierungen aus griechischen Lagern ohne weitere Verzögerung umzusetzen. Die Covid-19-Pandemie stelle eine potentiell tödliche Bedrohung für die auf den Inseln festsitzenden geflüchteten Menschen dar. "Seit Wochen sehen wir eine Katastrophe auf die Lager zukommen und verzweifeln langsam, weil niemand sich verantwortlich zu fühlen scheint. Deutschland will Kinder mit komplexen chronischen Krankheiten aufnehmen, die zur Covid-19-Risikogruppe gehören. Die Teams von Ärzten ohne Grenzen behandeln allein auf Lesbos etwa 100 solcher Kinder, die eine spezielle Behandlung benötigen. Sie müssen jetzt dringend aus diesen gefährlichen Bedingungen geholt werden." [7]

Während die beteiligten Ministerien, Bundesregierung und EU-Kommission, Deutschland und die anderen sieben EU-Länder wochenlang verhandeln und die Verantwortung hin und her schieben, nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Abgeordnete von Union und SPD, Regierung und Opposition, Kirchen und Hilfsorganisationen, Medien fast jeder

Couleur und nicht zuletzt die EU-Kommissionspräsidentin stimmen in den Hilferuf ein. Alle wollen angeblich die Kinder retten, doch nichts geschieht. Und sollte sich doch etwas bewegen, wäre es so geringfügig, daß es dem Ausmaß der Katastrophe Hohn spräche. Man könnte insofern von einer neuen Qualität lebensvernichtender Flüchtlingsabwehr sprechen, als dies vor aller Augen geschieht, doch wie eine Naturkatastrophe abgewettert wird, bis niemand mehr übrig ist, der deutschen Menschen vielleicht doch noch schlaflose Nächte bereiten könnte.

#### Anmerkungen:

[1] [www.deutschlandfunk.de/griechische-fluechtlingslager-bundesregierung-zoegert-bei.1783.de.html](http://www.deutschlandfunk.de/griechische-fluechtlingslager-bundesregierung-zoegert-bei.1783.de.html)

[2] COVID-19. Auswärtiges Amt, 20. März 2020, abgerufen am 21. März 2020

[3] [rp-online.de/politik/eu/fluechtlingslager-in-griechenland-werden-naechste-woche-evakuiert\\_aid-49916987](http://rp-online.de/politik/eu/fluechtlingslager-in-griechenland-werden-naechste-woche-evakuiert_aid-49916987)

[4] [www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-aussetzung-des-asylrechts-war-laut-gutachten-illegal-a-2f6cb548-8333-4283-ae54-526e0f255df0](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-aussetzung-des-asylrechts-war-laut-gutachten-illegal-a-2f6cb548-8333-4283-ae54-526e0f255df0)

[5] [www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-eu-139.html](http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-eu-139.html)

[6] [web.de/magazine/news/coronavirus/zweites-fluechtlingslager-naeathen-corona-quarantaene-34581890](http://web.de/magazine/news/coronavirus/zweites-fluechtlingslager-naeathen-corona-quarantaene-34581890)

[7] [www.jungewelt.de/artikel/375840.gefluechtete-kinder-endlich-evakuieren.html](http://www.jungewelt.de/artikel/375840.gefluechtete-kinder-endlich-evakuieren.html)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1691.html>

## Kooperationspartner



**poonal** - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>



**Pressenza**  
Kooperationspartner von Schattenblick  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

## SCHACH - SPHINX

*Auflösung des letzten  
Sphinx-Rätsels:*

Schwarz instrumentalisierte seine angehäuften Stellungsvorteile zu einem geschickt geführten Angriff auf den weißen König:  
1...g6-g5! 2.h4xg5 Tf3-f2+!  
3.Tf1xf2 - 3.Dc5xf2 ergibt dasselbe Mattbild - 3...Dg4-h5+  
4.Kh2-g1 Dh5-h1#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07234.html>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## **"Irina" Operation für Libyen und fünf Fragen**

*von Günter Buhlke, 5. April 2020*

Ausgerechnet am 1. April, dem "Scherztag" der Deutschen, soll ein weiterer Schritt zur Beendigung des Dramas in Libyen unternommen werden (Berliner Zeitung) [1]. Ein dringendes Vorhaben mit dem Endziel, Totschlag und Chaos im erdölreichen Land zu beenden. Endlich den Weg für normale Verhältnisse für die Bevölkerung frei machen, ist das humanistische Gebot der Stunde. Auch muss die Todespforte für Flüchtlinge nach Europa geschlossen werden.

Alle 27 Botschafter der Mitgliedsländer der EU hätten einer Variante des Textes der Vereinbarung mit Namen "Irina" zugestimmt, meldete die dpa Agentur (01.04.2020). Der Text müsse nur noch von den Regierungen bestätigt werden, wird berichtet.

Der Name Irina erinnert an die Initiative Putins vom Januar 2020, der in Moskau Verhandlungen mit den Spitzen der Konfliktparteien unter General Chalifa Haftar und Ministerpräsident Fajes al Sarradsch führte. Eine Fortsetzung der Gespräche gab es am 19. Januar 2020 auf der Berliner Libyen-Konferenz. Beide Treffen erzielten keinen Durchbruch. Der Verhandlungsfaden wird nun mit "Irina" weiterverfolgt.

### **Das Prinzip Hoffnung für Libyen gilt weiter**

Die erste mehr formale Frage lautet, ob das Wort Starttermin 1. April von der Berliner Zeitung oder dpa richtig gewählt wurde. Die Regierungen der EU sind nicht für schnelle Entscheidungen bekannt. Sie benötigen in der Regel Monatsfristen, um die Hürden ihrer Bürokratie zu überwinden.

Unklar bleibt, warum die Ebene der Botschafter Fortschritte für Libyen erbringen soll, nachdem die Spitzen der Politik auf zwei Konferenzen die Ziele verfehlt hatten.

Die zweite löst Zweifel aus, ob sich die USA, Russland oder auch die Türkei an einen Lieferstopp für Waffen halten. Alle drei gehören ja nicht der EU an. Sie haben sich offensichtlich auch nicht an das seit Monaten geltende Waffen-Embargo der UNO zu Libyen gehalten, sicherlich genauso wenig Länder der EU. Die USA haben bekanntlich Erdöl-Interessen in Libyen, Russland möchte seinen strategischen Einfluss im Mittelmeerraum stärken und die Türkei glaubt Rechte in Libyen und Syrien zu haben.

Die dritte Frage wäre, ob der Textentwurf der 27 Botschafter

den Reexport verbietet, damit Waffen nicht über Drittländer in die Hände der Konfliktparteien geraten. Waffenlieferungen nehmen viele, oft krumme Lieferwege und die Zollbeamten der Welt kennen eine Menge Varianten, wie Deklarationen der Begleitpapiere gestaltet werden können. Das Geschäft mit Waffen ist gewinnträchtig und erfolgserprobt.

Eine vierte stellt sich, ob die bestehenden Verträge zur Waffenlieferung noch bindende Fristen haben. Schließlich verfügen gewitzte Anwälte der Lieferfirmen über Erfahrungen, um Vorschriften der Regierungen noch innerhalb eines rechtlichen Rahmens zu umgehen.

Die fünfte Frage geht dahin, wie die Waffenproduzenten in eine wirksame Vereinbarung eingebunden werden können. Die Waffenschmieden haben Horrorgefühle vor Frieden und sind neben den beiden Konfliktparteien eine besonders starke Kraft, die eigene Interessen verfolgt. Zu hoffen ist, dass die Waffenlager der beiden Konfliktparteien nicht "vorsorglich" aufgefüllt wurden.

Der Generalsekretär der UNO, António Guterres, hat aus Anlass der Corona-Epidemie aufgerufen [2], unverzüglich alle Kampf-



# Schattenblick

**Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert**

**Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe**

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:  
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide  
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00  
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag**

**Redaktion Schattenblick**

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: [redaktion@schattenblick.de](mailto:redaktion@schattenblick.de)

Internet: [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de)

**Schattenblick Wochendruckausgabe**

**- fassen, lesen und begreifen -**

handlungen in der Welt einzustellen. Ein mediales Echo ist in Deutschland nicht zu vernehmen.

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet die Regierung und im Fall von Waffenlieferungen das Außenministerium "dem Frieden der Welt zu dienen". Es ist beschämend, wie der deutsche Rechtsstaat mit dem Waffen Embargo der UNO umgeht.

*Vom Bismarck stammt der Aphorismus:*

"Nirgendwo wird so viel gelogen, wie vor einer Wahl, im Kriege und nach der Jagd"

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mit-irini-zurueck-aufs-mittelmeer-eu-einigeber-neue-marinemission-li.79670>

[2] <https://www.pressenza.com/de/2020/03/un-generalsekretaer-guterres-ruft-zu-einem-globalen-waffenstillstand-auf/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pms00080.html>

**Inhalt** Ausgabe 3228 / Mittwoch, den 8. April 2020

- 1 POLITIK - FAKTEN: Zu wenige Frauen an der Spitze - die Bilanz 25 Jahre nach der Pekinger Erklärung (Pressenza)
- 3 SCHACH-SPHINX: Kritik gegen den Polemiker
- 4 POLITIK - REDAKTION: Indien - Regulationsvorwand Religion ...
- 5 POLITIK - REDAKTION: Coronavirus - mittellose Hilfsversprechen ...
- 7 POLITIK - AUSLAND: Brasil Felipe Honorato - Auswirkung von Corona auf die arme und periphere Bevölkerung wird verheerend sein (Pressenza)
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Pandemie - die Chance Versprechen zu brechen ...
- 12 POLITIK - MEINUNGEN: "Irina" Operation für Libyen und fünf Fragen (Pressenza)
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. April 2020

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 8. April 2020**

Vorhersage für den 08.04.2020 bis zum 09.04.2020



© 2020 by Schattenblick

Quellbewölkt und Sonnenschein, vielleicht auch einmal ein Schauer, Jean-Luc wird beim Einkauf sein, ihm fehlt Vorrat für die Dauer.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: [ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.